

**FAZ Kolumne**

## **Wirtschaftsdaten bestätigen Reformstrategie**

*von Michael Heise*

**10.06.2013**

Entgegen einigen Vorhersagen vom Herbst 2012 ist der Euro weder abgeschafft noch haben ihn einzelne Länder verlassen. Die Angst an den Finanzmärkten ist verfliegen und wir sehen erste Zeichen, dass sich die Wirtschaftserwartungen der Unternehmen und der Konsumenten verbessern. Das allein verspricht noch keine Wende zum Besseren, aber es zeigt zumindest, dass die Krise nicht immer schlimmer wird und sich Europa aufgrund des deutschen Spardiktats nicht immer tiefer in die Rezession gerät. Eine wirtschaftliche Gesundung geschieht nicht trotz der in Gang gesetzten Reformen und Sparanstrengungen, sondern wegen dieser Politik. Dafür gibt es viele Beispiele. Irland, Lettland und Litauen haben es in der aktuellen Krise gezeigt, in den 90er Jahren waren es skandinavische Länder. Weniger bekannt ist, dass es auch Kanada Mitte der 90er Jahre gelungen ist, seine Staatsschuldenkrise mit radikalen Reformen und Konsolidierungsschritten zu überwinden und dadurch eine sehr lange und beeindruckende Phase des Erfolgs einzuleiten. Und bei aller Kritik an der Austeritätspolitik von Maggie Thatcher hat auch Großbritannien mit solchen Reformen die Wende vor gut 30 Jahren herbeigeführt.

Die Länder der Eurozone sollten sich also ermutigt fühlen, konsequent auf dem Konsolidierungs- und Reformkurs zu setzen, statt der Schimäre nachzulaufen, dass hohe Staatsdefizite oder Währungsabwertungen hohes Wachstum bedeuten. Sie bringen allenfalls kurze Strohfeuer. Der Zeitplan für die Erreichung der Konsolidierungsziele ist durch die EU-Kommission so weit gestreckt worden, dass von übertriebener Sparwut keine Rede mehr sein kann. Worauf es ankäme, wäre weniger auf Steuererhöhungen, mehr auf Ausgabenkürzung zu setzen und bei den Reformen der Arbeitsmärkte, der Sozialsysteme, der Gütermärkte und des Staatswesens noch konsequenter vorzugehen. Bei den Investitionsbedingungen besteht im übrigen auch bei uns Handlungsbedarf.

Die Tatsache, dass dies vielen Wähler unattraktiv erscheint, sollte auch nicht überbewertet werden. Nirgends droht eine Revolution, wenn sinnvolle Wirtschaftsreformen durchgesetzt werden. Im übrigen spricht die jüngste Stimmungsaufhellung dafür, dass die Strategie der Eurozone allmählich Wirkung zeigt. Den in Schwierigkeiten geratenen Ländern wird mit den Maßnahmen der EZB, den öffentlichen Unterstützungskrediten und gestreckten Zeitpfaden

für die Konsolidierung Zeitverschafft, und sie werden zu Reformen verpflichtet. Diese Reformen müssten die Länder auch machen, wenn sie eine eigene Währung hätten. Also macht es für sie keinen Sinn, die Kosten eines Euroaustritts in Kauf zu nehmen, die horrend wären: allein die Erwartung eines Austritts würde die Staatsfinanzierung dramatisch verteuern oder gänzlich zum Erliegen bringen (Schuldenschnitt), Kapital würde in noch viel stärkerem Maße aus den Ländern fliehen als wir es im Höhepunkt der Krise erlebt haben, die Banken bekämen ein existentielles Liquiditäts- und Solvenzproblem, weil ihre Einlagen abfließen und ihre Staatsanleihen abgeschrieben würden. Eine solche Strategie ist – bei aller berechtigten Kritik an der Verwendung des Wortes alternativlos – sicher keine geeignete Alternative.